

DEUTSCHE BANK

Börsig will stiften gehen

Deutsche-Bank-Aufsichtsratschef Clemens Börsig ist auf Bewerbungstour: Der umstrittene Oberaufseher, der nach der Hauptversammlung am 31. Mai seinen Job abgeben muss, will in Zukunft die Deutsche Bank Stiftung leiten. Börsig mache dafür derzeit kräftig Eigenwerbung bei Vorständen der Bank, berichten Insider. Im Vorstand, der die Personalie mehrheitlich beschließen müsste, sorgten Börsigs Zukunftspläne bereits für Streit. Privatkundenvorstand Rainer Neske, Personalvorstand Hermann-Josef Lamberti und Risikovorstand Hugo Bänziger sollen strikt gegen eine Ablösung des aktuellen Stiftungschefs Tessen von Heydebreck sein. Bänziger und Lamberti müssen jedoch zum 1. Juni ihr Amt ebenfalls abgeben, so dass sich die Kräfteverhältnisse dann zugunsten Börsigs drehen. Allerdings dürfte der scheidende Aufsichtsratschef aus seiner letzten Hauptversammlung schwer beschädigt hervorgehen: Mehrere Aktionärsvertreter haben angekündigt, Börsig nicht zu entlasten, weil er eklatante Fehler bei der Suche nach einem Nachfolger für Bankchef Josef Ackermann gemacht habe. 2011 gab die Deutsche Bank Stiftung rund 4,4 Millionen Euro für gute Zwecke aus.



ANDREAS POHLMANN FÜR MANAGER MAGAZIN

Börsig



PETER KLAUNZER / AP / DAPD

Alphorntreffen in der Schweiz

STEUERABKOMMEN

Noch mehr Kohle für NRW

Der nordrhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) kritisiert das Steuerabkommen mit der Schweiz scharf, wäre aber unter den Ressortchefs der Länder der größte Profiteur des Gesetzes, das in der vergangenen Woche vom Bundeskabinett verabschiedet wurde. Laut einer Auflistung des Bundesfinanzministeriums erhält NRW für die Steuerflüchtlinge, die ihr Geld auf Schweizer Bankkonten bunkern, mindestens 294 Millionen Euro. Bei einem größeren Gesamtabkommen könnte sich der Betrag sogar

auf mehrere Milliarden Euro erhöhen. Nach Berechnungen des Ökonomen Frank Hechtner von der Freien Universität Berlin würde Walter-Borjans davon profitieren, dass Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) den Verteilungsschlüssel zugunsten der Bundesländer geändert hat, um doch noch die Zustimmung des Bundesrats zu erhalten. So bekäme NRW mindestens 60 Millionen Euro mehr als ursprünglich geplant. Sechs Bundesländer – darunter alle ostdeutschen – stellen sich mit der Neuregelung schlechter.